

Protokoll der Delegiertenversammlung

14. Oktober 2017, 10.30 – 16.40 Uhr, Stadttheater Olten

Vorsitz: Christian Levrat

Protokoll: Claudio Marti / Pascal Zwicky

Anwesend: 240 Delegierte und ca. 40 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert. Dieses Protokoll gibt die Aussagen der Sprechenden lediglich gekürzt und sinngemäss wieder.

1. Eröffnungsgeschäfte

Flavia Wasserfallen eröffnet die Delegiertenversammlung.

Grussbotschaft von **Franziska Roth**, Co-Parteipräsidentin SP Kanton Solothurn. Franziska Roth freut sich, dass die Delegierten sich so zahlreich nach Olten begeben haben und freut sich auf spannende Debatten.

Grussbotschaft von **Susanne Schaffner**, Regierungsrätin Kanton Solothurn.

Susanne Schaffner begrüsst es, dass die SP Schweiz heute in Olten über die Vertretung der Frauen in der Politik diskutiert.

Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss der Delegiertenversammlung: So wie runtergelesen einstimmig gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss der Delegiertenversammlung: Nils Jocher wird stillschweigend gewählt.

Tagesordnung/Schlussdokumentation

In der Schlussdokumentation sind nochmals sämtliche Papiere enthalten.

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen/Hinweise:

Unter Traktandum 4, Konzeptpapier Luftwaffe „Nein zu neuen Kampfjets, Ja zur Verlängerung der bestehenden Flotte“ sind die Anträge 1a – 1d eingegangen.

Unter Traktandum 6, Wirtschaftsdemokratie „Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen“ liegt der Aktionsplan gemäss Auftrag des Parteitags vom 3./4. Dezember 2016 vor.

Unter Traktandum 8 ist eine Resolution der SP MigrantInnen Schweiz „Volle politische Rechte für alle – auch für MigrantInnen“ eingegangen.

Unter Traktandum 8 ist zudem ein Antrag von Renato Werndli auf Unterstützung der eidg. Volksinitiative „Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt“ bei der Unterschriftensammlung eingegangen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die aktualisierte Tagesordnung wird stillschweigend genehmigt

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums eingereicht werden.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen beim Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden.

Protokoll der DV vom 24. Juni 2017 in Freiburg

Genehmigung des Beschluss-Protokolls der Delegiertenversammlung vom 24. Juni 2017 in Freiburg. Dieses kann unter www.sp-ps.ch heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird mit Dank an die Verfasserin Olga Baranova genehmigt.

2. Mitteilungen

Es gibt keine weiteren Mitteilungen.

3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR

Christian Levrat wendet sich an die Delegierten und Gäste: Von den Wahlen in Deutschland über das Ergebnis der AHV-Abstimmung bis zur Entscheidung im Kanton Zürich, vorläufig Aufgenommenen die Sozialhilfe zu kürzen – der 24. September bleibt als schwieriger Tag in Erinnerung. Ein schwieriger Tag, der bei vielen von uns für schlechte Stimmung gesorgt hat. Eine schlechte Stimmung, die durch die guten SP-Resultate bei den Gemeindewahlen im Aargau und in Bern zwar etwas gemildert wurde. Die dadurch aber nicht vertrieben wurde.

Die Ergebnisse aus Berlin markieren eine neue Etappe auf dem schwierigen Weg der europäischen Sozialdemokratie. Der PS français ist klinisch tot, der partito democratico in Italien ist vom Auseinanderbrechen bedroht, unsere Freunde in Österreich haben sich mit ihrer Wahlkampagne selbst das Grab geschaufelt – von den Schwierigkeiten der linken Parteien in Südamerika gar nicht erst zu re-

den. Aber lassen wir das und konzentrieren wir uns auf unsere Stärken, dank denen wir in den letzten Jahren trotz Gegenwind unser Fundament festigen konnten: Die Lust an der Debatte, der Willen über das Tagesgeschäft hinauszublicken, die Entschlossenheit die herrschenden politischen Blockaden zu überwinden.

AHV und Altersvorsorge: Die SP ist und bleibt die Garantin unserer Renten

Dieser Wille hat es uns erlaubt, der Bevölkerung eine Revision der Altersvorsorge vorzulegen, die zum ersten Mal seit 40 Jahren eine Erhöhung der AHV-Renten mit sich brachte. Das ist umso bemerkenswerter, wenn man sich die schwierigen politischen Umstände anschaut – mit einer Mehrheit der Rechten im Nationalrat wie im Bundesrat. Und das noch vor der Wahl von Ignazio Cassis, aber darauf komme ich noch zurück. Für diese AHV-Kampagne hat die Partei alle Ressourcen mobilisiert. Und trotz des Resultats – oder vielleicht genau deswegen – möchte ich euch für euren gewaltigen Einsatz danken. Ich möchte euch sagen, dass wir genau am richtigen Ort waren, im Herzen des sozialdemokratischen Engagements der letzten 125 Jahre. Ich möchte euch auch sagen, dass wir uns von einem vorübergehenden Rückschlag nicht entmutigen lassen dürfen. Die AHV ist im Nachgang an den Landesstreik von 1918 entstanden. Wo wüsste man das besser als hier in Olten! Wir werden nächstes Jahr das 100-Jahr-Jubiläum des Landesstreiks gemeinsam feiern. Das ist die Gelegenheit, an die wichtigsten Ereignisse der Schweizer Geschichte zu erinnern: 1848, die einzige liberale Revolution in Europa, die Geburtsstunde der modernen Schweiz, ihrer Institutionen und ihrer politischen Freiheiten. 1918, der einzige Generalstreik in der Schweizer Geschichte, Geburtsstunde der sozialen Schweiz; die zentralen Forderungen des 20. Jahrhunderts wurden dort aufgestellt, von der AHV, über das Frauenstimmrecht, das Proporzwahlrecht, den Mindestlohn bis hin zur Arbeitslosenversicherung. Wir haben 30 Jahre gebraucht, mehrere Niederlagen an der Urne und eine denkwürdige Geduld und Widerstandskraft, um die AHV endlich zu erschaffen, das war 1948. Wir haben weitere Jahrzehnte gebraucht, um sie insgesamt zehn Mal zu revidieren und zu verbessern, zuletzt 1995. Nun aber müssen wir die AHV leider seit 20 Jahren gegen die Angriffe von rechts verteidigen. Zuerst indem wir 2004 die kompensationslose Erhöhung des Frauenrentenalters verhindert haben und dann, indem wir 2010 die Senkung des Umwandlungssatzes verhindert haben. Ohne Kompensation wäre das eine pure Rentensenkung gewesen. Nun hatten wir am 24. September zum ersten Mal die Chance, diese Logik umzukehren. Wir hatten die Chance, die Altersvorsorge zu reformieren, ohne die Renten zu senken und ohne das Rentenalter über 65 zu erhöhen. Ganz zu schweigen davon, dass die Erhöhung des Frauenrentenalters kompensiert worden wäre – vollständig für die kleinen Einkommen, teilweise für die höheren Einkommen. Das Scheitern dieser sozialen Offensive ist natürlich sehr bedauerlich und es ist normal, dass wir uns kritische Fragen stellen. Unsere Mitglieder stellen uns Fragen. Sie schreiben uns: Wie ist es möglich, dass nach einer Urabstimmung, die eine massive Unterstützung von über 90% ergeben hat, sich eine Kantonalsektion gegen die Reform stellt? Dass die Genfer Sektion – um die geht es hier – sich erlaubt hat, die Reform zu bekämpfen und jegliche demokratischen Regeln zu missachten? Und sie schreiben uns: Wie könnt ihr akzeptieren, dass die Juso sich bei einer so wichtigen Abstimmung auf die Seite von FDP und SVP schlägt? Es tut mir leid, wenn ich so direkt sein muss, aber ehrlich gesagt sind die Nachrichten die uns erreichen, im Original noch viel deutlicher und härter. Als Präsident der SP Schweiz steht es mir jedoch nicht zu, gute oder schlechte Noten zu verteilen. Jeder soll sein Gewissen selbst prüfen, ich werde weder den Schulmeister für die Kantonalparteien noch den Papa für die Juso spielen. Jeder und jede muss ernst genommen werden. Und jeder und jede muss sich selbst gegenüber seiner Wählerschaft verantworten. Darum sage ich es ganz ernsthaft und nüchtern: Einige von uns haben vor drei Wochen das Eigengol das Jahrhunderts geschossen. Sie haben die Erwartungen ihrer Mitglieder oder ihrer Wählerschaft nicht erfüllt. Sie haben nicht begriffen, dass wir nach 20 Jahren Defensive erstmals Fortschritte erzielt haben, dass wir endlich wieder in die Offensive hätten gehen können,

dass wir das Leben der sozial Schwächsten hätten verbessern können, indem die AHV gestärkt worden wäre. Sie haben die Chance, die sich geboten hat, nicht gepackt. Sie sind im Stillstand verharrt. Und was am bedauerlichsten ist: Sie haben sich zu Verbündeten der Rechtsausser-Parteien gemacht. Diese Bemerkungen sind nicht einfach das Echo einer legitimen Frustration. Es ist vielmehr meine Pflicht als Parteipräsident, Bilanz über unsere Aktionen zu ziehen. Und darum muss ich heute feststellen, dass wir ohne die Gegnerschaft aus den eigenen Reihen – sowie vom K-Tipp – die Abstimmung gewonnen hätten. Diese Feststellung ist wichtig für die nächste Reform, denn die Rechte sieht sich als einzige Vertreterin jener Stimmen, die zu einem Nein geführt haben. Darum ist ihre Gegenattacke frontal: Erhöhung des Frauenrentenalters ohne ernsthafte Kompensation zusammen mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer. Und das ist der Vorschlag der halbwegs vernünftigen Rechten. Die anderen, angeführt vom Arbeitgeberverband, fordern Rentenalter 67 für alle und eine Senkung des Umwandlungssatzes. Die Abstimmungsanalysen, die bisher veröffentlicht wurden, sind allerdings ziemlich klar: Die Altersvorsorge 2020 ist an einer Kumulation der Gegenargumente gescheitert. Aber keine der Alternativen – vor allem nicht jene der Rechten – hat eine Chance, in einer Volksabstimmung eine Mehrheit zu finden. Die Arbeiten an der Altersvorsorge gehen weiter. Darum lohnt es sich, nochmals in Erinnerung zu rufen, bei was die SP nicht mitmachen wird: Es kommt nicht in Frage, das Rentenalter über 65 zu erhöhen; es kommt nicht in Frage, die Renten zu senken; und es kommt nicht in Frage, das Frauenrentenalter ohne Kompensation zu erhöhen. Die Frage, die wir an die Sieger des 24. Septembers stellen, ist darum klar: Seid ihr bereit, mit uns zusammen eine wirklich ausgewogene Reform zu erarbeiten? Eine Reform, die es erlaubt, das Rentenalter und die Höhe der Renten zu erhalten? Eine Reform, die nicht auf dem Buckel der Frauen ausgearbeitet wird? Falls sie dazu nicht bereit sind, habe ich nur eine Botschaft an FDP, SVP, Arbeitgeber und Gewerbeverband: Bereitet euch schon jetzt gut auf die Volksabstimmung vor! Die SP wird bei der Frage der Renten niemals nachgeben. Sie ist die Partei der AHV. Sie hat die AHV gefordert, sie hat sie erfunden, sie hat sie entwickelt und sie hat sie verteidigt. Die SP ist die Garantin unserer Renten und sie hat vor, das zu bleiben – mit aller Energie und aller Umsicht, die diese Aufgabe von uns verlangt.

Ein Manifest für die Gleichstellung

Man hat mir gestern die Frage gestellt: Bist du Feminist? Ja, natürlich! Aus politischer Überzeugung. Aber auch, weil ich zwei Töchter habe und die Aussicht, dass sie dereinst weniger verdienen sollen als ihr Bruder, für mich unerträglich ist. Weil die gläserne Decke nach wie vor Realität ist und weil die strukturellen Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts in unserer Gesellschaft leider nach wie vor häufig sind. Ich bin Feminist, weil ich glaube, dass der Kampf für Gleichstellung über die Beziehungen Mann-Frau hinausgeht. Es ist Kampf für die menschliche Würde, ein Kampf für eine inklusive Gesellschaft, die auf gleichen Chancen für alle basiert. Ich bin also Feminist und ich bin stolz auf die Geschichte unserer Bewegung, stolz darauf, heute mit euch das 100jährige Jubiläum der SP Frauen* feiern zu dürfen. Ich bin aber auch stolz auf unsere starke Frauenvertretung: Seit 1993 hat die SP immer mindestens eine Bundesrätin gehabt – und mit Micheline Calmy-Rey und Simonetta Sommaruga kurzzeitig sogar ein Frauenduo. Unsere Partei hat quasi Parität, was die Regierungsräte und Regierungsrätinnen in den Kantonen angeht. Unsere Partei zählt eine Frauenmehrheit im Bundesparlament. Und sie zählt auch eine Frauenmehrheit im Präsidium, wo drei Männer und sechs Frauen zusammenarbeiten.

Ich bin stolz auf die SP Frauen* und freue mich zu sehen, dass sie auch vor interner Kritik nicht zurückschrecken. Man kann sich immer verbessern und wir müssen unser Handeln permanent überprüfen und hinterfragen, auch unter dem Blickwinkel der Gleichstellung. Aber wir müssen gleichzeitig klar sagen: Wenn die Gleichstellung in der Schweizer Politik zurückgeht, dann sitzen die Schuld-

gen auf der rechten Seite. Die Freisinnigen haben genau eine einzige Nationalrätin in der ganzen lateinischen Schweiz, Isabelle Moret. Sie haben sie als Alibikandidatur für den Bundesrat präsentiert, um die Wahl von Ignazio Cassis zu sichern. Die Präsidentin der FDP Frauen hat die einzige Frauenkandidatur am Tag von Burkhalters Rücktritt fallengelassen. Die Wahlkampagne war skandalös, in den Medien wurden private Details verhandelt – ohne dass die FDP ihre Kandidatin irgendwie geschützt oder verteidigt hätte. Die Medien und die FDP-Führung tragen eine schwere Verantwortung. Die Verantwortung dafür, eine echte Debatte verunmöglicht zu haben. Sie hätten Isabelle Moret und Ignazio Cassis die gleichen Fragen stellen, ihnen die gleichen Vorwürfe machen müssen. Nämlich jenen, den alten freisinnigen Filz mit der Wirtschaft fortzuführen, indem sie ihre politischen Ämter in den Dienst der Unternehmen stellen, die sie vertreten. Und den Vorwurf, dass sie mehr die Vertreter von Privatinteressen als die Vertreter des öffentlichen Interesses sind. Das ist Gleichberechtigung: In der Politik den Mann und die Frau gleich behandeln, ihnen die gleichen Fragen stellen, um dann am Wahltag die gleichen Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Vorwürfe an die SP sind darum unglaublich plump und einfältig. Sie sind ein Ablenkungsmanöver, und erst noch ein offensichtliches. Umso erstaunlicher, dass einige unter uns sich dafür einspannen liessen. Wenn die FDP Frauen seit 1989 nicht mehr im Bundesrat vertreten sind, dann liegt es daran, dass es in der FDP kaum Frauen gibt, weder in den Gemeinden, noch in den kantonalen Parlamenten und Regierungen und erst recht nicht im Bundesparlament. Weil diese Partei die Frage der Gleichstellung dort nie ernst genommen hat, wo es wirklich zählt: An der Basis, in den Sektionen. Weil sie sich geweigert hat, zwei Frauen für die Wahl vorzuschlagen, wie wir es gefordert haben, um uns eine Auswahl zu bieten. Wer will, der kann auch! Wir haben es nun schon drei Mal vorgemacht, indem wir 100%-Frauentickets gebracht haben. Und weil die FDP es nicht gewagt hat, Laura Sadis aufs Ticket zu nehmen – aus Angst dass sie Ignazio Cassis hätte gefährlich werden können. Dass sie es wagen, uns ihr eigenes Versagen zum Vorwurf zu machen, ist kaum zu glauben. Wenn SVP und FDP mit vier Männern im Bundesrat vertreten sind, dann weil ihnen Gleichstellung schlicht egal ist. Sie zeigen es jeden Tag, zum einen mit ihrer politischen Vertretung, ich habe es gesagt. Aber auch mit ihrer Politik: Sie wehren sich gegen eine gleichmässige Vertretung der Geschlechter in den Führungsetagen der Unternehmen, sie blockieren selbst minimale Fortschritte in Sachen Lohngleichheit und sie kürzen das Budget des Gleichstellungsbüros. Das Manifest der SP Frauen*, über das wir heute diskutieren, würdigt die Tausenden von sozialdemokratischen Frauen sowie ihre Kämpfe und Forderungen: Für das Frauenstimmrecht, für die Revision des Familienrechts, für das Recht auf Abtreibung, für bessere Arbeitsbedingungen. Wenn die SP heute die Partei des Feminismus in der Schweiz ist, dann verdanken wir das diesen Frauen. Das Manifest vor uns ist mit dieser Geschichte auf Augenhöhe. Es setzt die Prioritäten ganz klar auf die sozio-ökonomischen Fragen, auf die strukturelle Diskriminierung, der nach wie vor viele Frauen ausgesetzt sind. Es zeigt, wo die künftigen Kämpfe ausgefochten werden:

- Zuerst nach wie vor die Lohngleichheit. Weil die Lohndifferenz von fast 20 Prozent schlicht ein Skandal ist und nach einer sofortigen Korrektur verlangt.
- Dann eine Besserstellung der Care-Arbeit, der Pflege, der Unterstützung von Verwandten – alle jene Tätigkeiten, die so genannt „ehrenamtlich“ oder „unentgeltlich“ sein sollen. Dieses Engagement wird zu einem grossen Teil von Frauen geleistet. Es muss endlich anerkannt und honoriert werden, auch finanziell und im Hinblick auf die Sozialversicherungen.
- Schliesslich die Frage der Arbeitszeitreduktion. Die SP Frauen* und die Geschäftsleitung schlagen 35 Stunden als Ziel vor. Mit der Steigerung der Produktivität, nicht zuletzt im Zuge der Digitalisierung, ist das zu erreichen. 35 Stunden sind – im Gegensatz zum Vorschlag der Juso – realistisch genug, um in der politischen Diskussion ernst genommen zu werden.

Die SP lebt von Debatten

Genossinnen und Genossen, Ich konnte in den letzten Wochen wieder mal lesen, wir wären zerrissen, die DV heute würde eine „Zerreissprobe“. Wegen der 99%-Initiative der Juso, wegen der Armee, wegen der 35-Stunden-Woche, wegen dem Feminismus. Lasst mich darum zuerst eines sagen: Ich bin glücklich, Präsident einer Partei zu sein, die diskutiert. Debatten sind Teil unserer Identität, unserer DNA! Ich bin glücklich, dass eine interne Debatte über Feminismus beweist, wie wichtig uns das Thema ist und wie ernst wir es nehmen. So ernst, dass es keine Tabus und keine Denkverbote gibt. Lasst mich euch auch sagen, dass die Diskussion, die wir über die Armee haben werden, etwas ist, was die SP Schweiz seit ihrer Gründung begleitet. Die europäische Linke hat schon immer einen pazifistischen Flügel gehabt und einen eher internationalistischen Flügel, der auf Zusammenarbeit setzt, auch militärische. Ihr wisst es, ich gehöre eher zu diesem zweiten Flügel. Aber wir sind uns wohl alle einig, dass beide Flügel unsere Geschichte geprägt haben, mal mehr der eine, mal mehr der andere. Lasst mich euch ebenfalls sagen, dass man die Juso zu Recht kritisieren darf und soll, zum Beispiel für ihre Position zur AHV. Aber dass die Juso genauso zur sozialdemokratischen Familie gehört wie die Mitglieder, die sich als „reformorientierte Plattform“ zusammengeschlossen haben. Um es pointiert auszudrücken: Die SP reicht von Tamara Funicello bis Daniel Jositsch und schliesst sie alle mit ein, die eine wie den anderen. Besser noch: Die SP lebt von den Diskussionen zwischen diesen und jenen. Ihr müsst nicht meinen, das wäre die Position eines Mediators, der Angst hat, dass die Wogen hoch gehen. Ihr wisst, dass ich mein Amt nie als Mediator begriffen habe, sondern vielmehr als Animator. Ein Animator, der Fragen stellt, Antworten vorschlägt und die Debatte organisiert. Diese Debatten, die wir uns wünschen, entstehen durch unterschiedliche Vorschläge und Analysen. Sie sind keine Gefahr für unsere Partei, im Gegenteil, sie machen unsere Partei erst stark. Darum dürfen wir der Juso danken, weil sie diese Debatten ermöglichen. Weil wir „Nein“ sagen können, wenn sie sich irren. Zum Beispiel bei der AHV oder bei der 25-Stunden-Woche. Und weil wir „Ja“ sagen können, wenn sie die richtigen Fragen stellen, zum Beispiel bei 1:12, bei der Spekustopp-Initiative oder bei ihrer Initiative zur Besteuerung von Kapitalgewinnen. Ebenso dürfen wir anerkennen, dass der rechte Flügel unserer Partei sich organisiert hat. Sie bringen sich ein und formulieren Positionen, die wir ablehnen können – zum Beispiel die forcierte Flexibilisierung der Arbeitszeit, die ich zumindest ablehne – oder die wir unterstützen können, was mich betrifft zum Beispiel in der Sicherheitspolitik. Auch hier unterscheiden wir uns von unseren europäischen Genossen: Wir haben die Fähigkeit zu diskutieren, ohne uns zu zerreissen; wir haben die Lust und den Willen, zu debattieren – kontradiktorisch, aber konstruktiv. Die Partei, die wir lieben, ist eine solidarische, feministische, engagierte Partei. Wir haben den Anspruch der Ort zu sein, an dem die relevanten linken Diskussionen geführt werden. Diesen Anspruch leben wir heute und ich danke euch, dass ihr einen ganzen Tag dafür verwendet und ich freue mich darauf, diese Debatten zu verfolgen.

4. Konzeptpapier Luftwaffe: „Nein zu neuen Kampffjets, Ja zur Verlängerung der bestehenden Flotte“

Antrag 1a bis 1d von Julia Baumgartner et al.

Barbara Gysi begründet die Position der Geschäftsleitung: Eine Resolution von Lewin Lempert und weiteren an der DV vom 24.6. in Fribourg wurde zurückgestellt. Heute soll diese Diskussion nun geführt werden. Die vorliegende Resolution soll das weitere Vorgehen der SP Schweiz nach dem NEIN zum Grippen im Mai 2014 skizzieren. Die wichtigsten Punkte: Zu einer neuen Kampffjetbeschaffung soll das Volk das letzte Wort haben; zum jetzigen Zeitpunkt braucht es keine Kampffjets, es besteht keine zeitliche Dringlichkeit. Weiter wird die internationale Zusammenarbeit zur Friedens-

förderung beschrieben. Gemäss einem neuen Präzisierungsantrag der GL soll heute nicht über eine bestimmte Anzahl Kampfflugzeuge diskutiert werden.

Lewin Lempert: Eine Annahme der Resolution in der Version der GL würde ein Ja zu Kampfjet-Milliarden bedeuten. Das widerspricht dem Abstimmungssieg von 2014 und den Grundsatzentscheiden z.B. am Parteitag 2010. Plädoyer dafür, an der bisherigen Strategie, der zivilen Friedenförderung, festzuhalten.

Luc Rochat spricht im Namen der SP Kanton Neuenburg für sie einige wichtige Punkte an, insbesondere die internationale Tendenz zur Aufrüstung und die Verfilzung zwischen bürgerlicher Politiker/innen und Rüstungsindustrie.

Eric Voruz spricht sich für die Version der Geschäftsleitung und gegen die Anträge von Julia Baumgartner et al. aus.

Angelo Barrile unterstützt nach wie vor die Abschaffung der Armee und plädiert für die Unterstützung der Anträge von Julia Baumgartner et al.

Géraldine Savary begründet die Position der GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung der Anträge A-1a bis A-1c und modifizierte Annahme des Antrags A-1d im Sinne, dass konsequenterweise auch im vorliegenden Luftwaffenkonzept keine konkrete Stückzahl genannt werden soll.

Begründung: Die Anträge A-1a bis A-1d haben alle die gleiche Stossrichtung: Die Antragstellenden gehen davon aus, dass die Schweiz keine robuste Luftpolizei brauche. Vielmehr könne sie sich mit der knapp bemessenen Ausstattung einer Luftpolizei allein für alltägliche Ereignisse begnügen. Die Geschäftsleitung hält am Konzept der robusten Luftpolizei fest, gibt den Antragstellenden aber Recht, dass es im Moment falsch wäre, von „20–30 Kampfflugzeugen“ zu sprechen. Die Geschäftsleitung nimmt deshalb Antrag A-1d in modifizierter Form an und schlägt vor, auf die Nennung einer Anzahl zu verzichten. Dies aus folgenden Gründen:

1. Im aktuellen Stadium der Debatte macht es keinen Sinn, Stückzahlen von Kampfflugzeugen zu nennen. Denn sagt die Schweiz – wie von der SP in diesem Papier gefordert – NEIN zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge im nächsten Jahrzehnt und beschränkt sich auf eine Nutzungsdauerverlängerung der vorhandenen F/A-18, so eröffnen sich dereinst möglicherweise neue Optionen, die heute noch nicht bekannt sind.
2. Die Anzahl Kampfflugzeuge hängt entscheidend vom gewählten Typ ab. Würde sich die Schweiz beispielsweise entscheiden, den F/A-18 durch gebrauchte Gripen C/D zu ersetzen, die gegenwärtig sehr günstig zu erwerben sind, so braucht es möglicherweise etwas grössere Stückzahlen, als wenn sie Mitte der 2030er Jahre ein neu entwickeltes Höchstleistungsflugzeug erwerben würde.
3. Es braucht ein robustes Szenario, weil wir von sehr langen Zeiträumen sprechen: Kommt die von der SP geforderte Nutzungsdauerverlängerung, so braucht die Schweiz erst Ende der 2030er Jahre ein neues Kampfflugzeug, das dann wiederum rund 40 Jahre im Dienst sein dürfte. Niemand weiss, wie die Welt in den 2060er und 2070er Jahren aussehen wird.
4. Wer auf ein robustes Szenario verzichtet, legt den Schweizer Luftraum de facto in die Hände der NATO: Bereits heute sichert die NATO auch für die Schweiz den europäischen Luftraum. Würde die Schweiz bloss noch über eine minimalistische Luftwaffe verfügen, so würde die NATO de facto auch die Sicherheit im schweizerischen Luftraum sicherstellen. Dies zeigt das Beispiel von rund einem Dutzend europäischer Staaten, die sich bereits für diesen Weg entschieden haben (siehe Tabellen im Anhang). Die Geschäftsleitung anerkennt, dass dies für die Schweiz durchaus eine Option

bilden könnte. Dann muss dies aber offen ausgesprochen werden und das Ergebnis einer politischen Debatte sein, welche in der Schweiz noch nicht einmal in Ansätzen angefangen hat.

5. Namentlich im Falle erhöhter Spannungen in Europa und den angrenzenden Regionen wird die NATO den Schweizer Luftraum für Überflüge nutzen, wenn die Schweiz nicht für ein robustes Szenario gerüstet ist und die Hoheit über ihren Luftraum selber gewährleistet. Heute ist die Schweiz in der Lage, ihre Überflugverbote durchzusetzen, und macht das auch. Mit einer Mini-Luftwaffe im Sinne des Antrages dürfte es deutlich schwieriger werden, glaubwürdig auf der Einhaltung von Überflugverboten zu beharren. Wir sprechen hier nicht von einem ausgewachsenen Krieg, sondern von Szenarien, in denen es um erhöhte Spannungen sowie militärische Interventionen im europäischen Umfeld geht.

6. Wir müssen auch bei einer Kumulation alltäglicher Ereignisse gewappnet sein. Sperrt die Schweiz über eine internationale Konferenz während einigen Wochen den Luftraum und gibt es in dieser Periode mehrere Ereignisse gleichzeitig – Transportflugzeuge mit abgestelltem Transponder, ein durchgeknalltes Sportflugzeug, Probleme bei der Wartung bei mehreren Kampfflugzeugen – so hätte die Schweizer Luftwaffe ihr Limit bereits längst überschritten.

Beschluss der Delegiertenversammlung: 1A: Ablehnung: 91; Annahme: 88; Enthaltungen 3

1B: Ablehnung: 100; Annahme: 87; 1C: Ablehnung: 101; Annahme: 99; 1D: keine Abstimmung, damit mit modifizierter Annahme einverstanden; Schlussabstimmung: JA: 126; NEIN: 63

5. 100 Jahre SP Frauen* und kein bisschen leise

Simonetta Sommaruga, Bundesrätin wendet sich an die Delegierten: Vor bald 50 Jahren versammelten sich 5000 Frauen und Männer auf dem Bundesplatz. Mittendrin leuchtete ein roter Mantel. Der Mantel gehörte Emilie Lieberherr. Emilie führte den Marsch auf Bern an. "Händ vertraue id Fraue!" rief sie ins Mikrophon. Der Slogan wurde sofort schweizweit bekannt. Demonstriert haben die Menschen auf dem Bundesplatz für etwas, das in anderen demokratischen Staaten längst selbstverständlich war: das Stimm- und Wahlrecht für Männer und Frauen. Der Mantel, den Emilie getragen hat, hängt mittlerweile im Schweizer Landesmuseum. Die Forderungen der Frauenbewegung sind hingegen alles andere als „museal“ geworden. Im Gegenteil. Dass Frauen auch heute noch weniger verdienen und kaum je den Sprung in die Chefetage schaffen: Das hat wohl keine der Frauen geahnt, die damals auf dem Bundesplatz den Bundesrat und das Parlament auspiffen. Ihre Forderungen sind immer noch aktuell. Brandaktuell. Und darum ziehe ich manchmal meinen roten Mantel an, wenn ich zur Arbeit gehe. Und denke an Emilie und daran, wieviel es für uns Frauen – und Männer – immer noch zu tun gibt.

Vom Frauenstimmrecht zum neuen Eherecht

Als das Frauenstimmrecht eingeführt wurde, war ich 11 Jahre alt. Die Männer in meiner Wohngemeinde hatten nein gesagt. Doch schweizweit stimmten zwei Drittel zu. Der Gang zum Abstimmungslokal war in unserer Familie etwas Feierliches. Im Oktober 1971 also durfte meine Mutter zum ersten Mal auch ins Abstimmungslokal hineingehen und musste nicht mehr mit uns Kindern draussen auf den Vater warten. Jetzt gehörte sie zur Erwachsenenwelt. Dass es so weit kam, dafür haben Sozialdemokraten und Frauenverbände jahrzehntelang gekämpft. Wie so häufig, wenn es in diesem Land um die Gleichstellung von Frauen und Männern geht. Mit dem Frauenstimmrecht sind dann auch die ersten Frauen ins Parlament eingezogen. Zwei von ihnen haben mich diesen Frühling an die Premiere des Films "Die göttliche Ordnung" begleitet. Gabrielle Nanchen und Hanna Sahlfeld-

Singer. An sie, an ihre Geschichte und an ihre Kämpfe, habe ich in den letzten Tagen häufig gedacht.

Denn ihre Geschichte ist die oft vergessene Geschichte unseres Landes. Ihren Müttern ist noch beigebracht worden, dass es besser für sie ist, wenn die Männer die Hosen anhaben. Kaufte sie sich selber ein paar Hosen, war das ein politisches Statement. Die Männer hatten das Sagen in diesem Land. Dass man damit die Hälfte der Bevölkerung für politisch unmündig erklärte, war vielen egal. Der SP nicht. Die beiden Sozialdemokratinnen haben 1971 im Nationalrat angefangen. Es muss für sie eine seltsame Zeit gewesen sein. Die Frauen konnten jetzt mitbestimmen, wenn es um die grossen Fragen in diesem Land ging. Doch daheim blieb alles beim Alten. Eine Ehefrau konnte sich allein nicht einmal einen Schreibtisch kaufen. Hierfür brauchte sie die Zustimmung ihres Gatten. Erst Mitte der 80er Jahre hat das Parlament diesen Spuk beendet. Und es ist kein Zufall, dass jene Kräfte, die sich damals gegen das Gleichstellungsgesetz stemmten, auch heute die grossen Bremser sind, wenn es um Gleichstellung geht. Gewisse Dinge ändern sich eben nie.

Gleichstellung in der Realität

Unsere Nationalrätinnen der ersten Stunde haben beide Kinder gehabt. Diese waren wohl etwa 20-jährig, als die Schweiz das Gleichstellungsgesetz eingeführt hat. Wahrscheinlich dachten sie: "Jetzt sind wir am Ziel". Das Gleichstellungsgesetz war tatsächlich ein grosser Fortschritt. Auf dem Papier sind damit tiefere Löhne für Frauen verboten. Doch Gleichstellung auf dem Papier genügt nicht. Es braucht Gleichstellung in der Realität. Kein Mann würde sich damit zufrieden geben, wenn er Ende Monat 600 Franken weniger auf dem Konto hätte als seine Arbeitskolleginnen – nur weil er ein Mann ist. "Geits no" wäre seine Reaktion. Und genau so reagieren wir Frauen: "Geits eigentlich no!" Denn für die Frauen sind solche Lohnunterschiede eine traurige Realität. Sie bringen die gleiche Leistung, haben die gleiche Erfahrung und die gleiche Ausbildung – nur ihr Lohn ist aufs Jahr gerechnet 7000 Franken tiefer, ohne dass es hierfür einen vernünftigen Grund gäbe. Das ist nicht nur für jede betroffene Frau ein Skandal. Das ist auch gesellschaftspolitisch ein Skandal. Denn im Lohnunterschied drückt sich letztlich nichts anderes aus als die Haltung: Die Frau ist weniger wert als der Mann. Und diese Haltung dulden wir nicht! Das Gleichstellungsgesetz haben wir jetzt seit 21 Jahren. Und die Frauen warten immer noch. Auf gleiche Löhne, und auf gleiche Aufstiegschancen. Ich will nicht mehr warten. Und dem Bundesrat ist der Geduldsfaden auch gerissen.

Lohngleichheit und Geschlechter-Richtwerte

Deshalb haben wir zwei Vorlagen verabschiedet, mit denen wir diese Probleme endlich anpacken. Die Diskriminierung bei den Löhnen gehen wir mit mehr Transparenz an. Die grossen Schweizer Firmen sollen alle vier Jahre ihre Löhne durchleuchten und das Ergebnis offen legen. Hinter Gitter muss niemand. Die Firmen müssen nur erklären, was sie gegen die Lohnunterschiede tun. Für die Schweizer Wirtschaft ist diese Vorlage ein Klacks. So eine Lohnanalyse dauert einen Tag. Aber einen Vorwand, um nichts zu tun, den findet man immer. Das ist auch beim Frauenanteil in den Chefetagen so. Die Wahrscheinlichkeit, in der Chefetage auf eine Frau zu stossen, ist in der Schweiz etwa gleich gross, wie bei der Dorftombola den Hauptpreis zu gewinnen. Bei der Tombola hat man fast nur Nieten. In den Chefetagen hat man fast nur Männer. 9 von 10 Geschäftsleitungsmitgliedern sind Männer. Und Besserung ist keine Sicht: Wir haben's mal ausgerechnet: Wenn die Vertretung der Frauen in den Geschäftsleitungen der grossen Firmen so langsam zunimmt wie in den letzten 13 Jahren, dann werden wir im Jahr 2150 eine ausgeglichene Geschlechtervertretung haben. Das dauert dem Bundesrat etwas zu lange. Unser Horizont reicht zwar weit, aber mit science fiction können wir uns nicht auch noch beschäftigen. Deshalb schubst der Bundesrat die Firmen ein bisschen an –

einfach so, dass sie erklären müssen, wenn sie es nach 10 Jahren immer noch nicht geschafft haben, dass von 10 Geschäftsleitungsmitgliedern 2 Frauen sind. Wenn man gewisse Politiker reden hört, erhält man den Eindruck, wir würden mit den Zielwerten sämtliche Unternehmer in diesem Land enteignen und auf direktem Weg ins Verderben stürzen. Dabei wollen wir doch nur ein wenig Transparenz schaffen. Aber die Geschichte wiederholt sich eben: Auch vor 50 Jahren haben Einige den Untergang der Schweiz herbeigeredet, als die SP zusammen mit den Frauenverbänden das Frauenstimmrecht fordert. Seither hat es in einem – leider nur einem einzigen – Jahr sogar eine Frauenmehrheit gegeben im Bundesrat. Die Schweiz ist jedenfalls kein Männerclub mehr. Und die Schweizer Wirtschaft darf es auch nicht sein. Daran arbeiten wir in den kommenden Monaten. Einige werden versuchen, unsere Anliegen kleinzureden oder uns auf übermorgen zu verträsten. Ihnen antworte ich: "Nicht als Bittende stehen wir hier. Sondern als Fordernde." So hat es Emilie Lieberherr vor 50 Jahren ausgedrückt. Und so ist es heute noch.

Gleichberechtigung ist kein exotischer Wunsch. Sondern ein fundamentales Recht. Euch allen danke ich, dass wir zusammen für dieses Recht eintreten.

Laura de Weck, Kolumnistin, Autorin, Schauspielerin plädiert in ihrem humorvollen Beitrag für das Aufbrechen der Geschlechterrollen im Alltag und für einen selbstbewussten Kampf für mehr Gleichstellung.

Martine Docourt und Natascha Wey, Co-Präsidentinnen der SP Frauen* stellen die wichtigsten Punkte des Manifests vor und bedanken sich bei allen Beteiligten für ihre Mitarbeit bei der Entstehung.

Manifest für eine konsequent feministische Sozialdemokratie

Flavia Wasserfallen erläutert das Vorgehen: Zum Positionspapier der SP Frauen* sind insgesamt 37 Anträge eingegangen.

Ordnungsantrag

Max. 5 min. Redezeit für Antragstellende, max. 3 min. für die restlichen Sprecher/innen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme

Eintreten

In der Eintretensdebatte äussern sich für die GL **Marina Carrobio** und **Barbara Gysi**, weiter **Marianne de Mestral**, **Min Li Marti**, **Margrit Blaser**, **Alime Köseciogullari**, **Loyse Renaud**, **Ylfete Fanaj**, **Ursula Funk** und **Nancy Lunghi**. Sie sprechen sich alle für Eintreten aus und bedanken sich bei den Beteiligten für die geleistete Vorarbeit

A-1: Julia Baumgartner, Ronja Jansen, Brice Touilloux, Luana Schena, Timothy Oesch, Dario Engelo, Daria Vogrin, Joelly Brütsch, Lewin Lempert: Im Ganzen Abschnitt 2.4.1 35 Stunden durch 25 Stunden ersetzen.

Daria Vogrin begründet den Antrag.

Barbara Gysi für die GL sowie **Philipp Hadorn, Min Li Marti** und **Martine Docourt** sprechen sich gegen den Antrag aus.

Franz-Dominik Imhof unterstützt den Antrag.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Sozialdemokratische Bewegung hat schon immer für Arbeitszeitverkürzung gekämpft, die Forderung nach einem 8-Stunden-Tag wurde im Rahmen des Generalstreiks vor knapp 100 Jahren gestellt. In diesem Sinne geht die Forderung der SP Frauen* auf eine 35-Stunden-Woche in die richtige Richtung und die Geschäftsleitung kann sich dem anschliessen. Im Rahmen der Überarbeitung des SP-Wirtschaftskonzepts wird dieses Thema weiter diskutiert. Hinter dieser Forderung steht ja die Grundsatzdiskussion um die Verteilung und Weitergabe der Produktivitätsgewinne, um das Verhältnis von Löhnen und Gewinnen, mitunter also um die grundsätzliche Verteilungsfrage. Nun haben sich die Lohneinkommen und die Einkommen aus Vermögen in den letzten Jahrzehnten eindeutig in die falsche, nämlich entgegengesetzte Richtung bewegt. Diese Diskussion in ihrer ganzen Breite zu führen, steht uns im Zusammenhang mit der Erarbeitung des neuen Wirtschaftskonzepts noch bevor.

Hingegen lehnt die Geschäftsleitung die Forderung nach einer 25-Stunden-Woche ab. Es fehlen für einen so weitreichenden Antrag schlicht die argumentativen Grundlagen und Ausführungen. Wichtig ist zum Beispiel der Vorbehalt, dass Arbeitszeitverkürzungen kein Ersatz sein dürfen für gute öffentliche Care-Dienste, in denen gute Löhne bezahlt werden. Diese Care-Dienste müssen aber finanziert werden. Bei der Forderung, die Arbeitszeit um 40% zu reduzieren stellt sich die Frage, wer diesen Anteil Arbeit übernehmen würde? Oder soll er einfach fallen gelassen werden? Was würde das für die Schweizer Wirtschaft bedeuten? Könnte es zu massiven Verlagerungen von Arbeitsleistungen ins Ausland kommen? Oder zu einem entsprechenden Zuzug von ausländischen Arbeitskräften?

Es gebietet sich für die Sozialdemokratie, solche nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und gesellschaftlich eminente Eingriffe mit grosser Verantwortung, in Absprache mit den Sozialpartnern und in einer stimmigen Gesamtanalyse vorzunehmen, damit am Ende nicht Arbeitsplätze und die Vollbeschäftigung gefährdet werden und die soziale Sicherheit sowie die soziale Wohlfahrt gewahrt bleiben.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Ablehnung

A-2: Geschäftsleitung Präzisierung der Forderung 2.4.2

Luca Dahinden bestreitet die von der GL empfohlene Annahme des Antrags.

Barbara Gysi begründet die Stellungnahme der Geschäftsleitung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Begründung: Die Anerkennung und Aufwertung der bezahlten und unbezahlten Care-Arbeit ist ein zentrales sozialdemokratisches Anliegen. Die GL erachtet es deshalb als wichtig, diese Forderung zu konkretisieren.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme

A-3: Julia Baumgartner, Ronja Jansen, Brice Touilloux, Luana Schena, Timothy Oesch, Dario Engelo, Daria Vogrin, Joelly Brütsch, Lewin Lempert: Umformulierung eines Satzes

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

A-4; SP Genf: Umformulierung/Ergänzung

Michel Zimmermann begründet den Antrag.

Matthieu Béguelin und **Eric Voruz** unterstützen den Antrag.

Barbara Gysi begründet die ablehnende Haltung der GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten modifizierter Annahme von A-5

Begründung: Die Geschäftsleitung unterstützt die Stossrichtung dieses Antrages. A-5 ist jedoch präziser und umfassender gehalten. Mit der modifizierten Annahme von A-4 wird auch das Anliegen der SP Genf aufgenommen, den Einbezug der Gewerkschaften im Kampf für die Lohngleichheit explizit festzuhalten.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme

A-5: Julia Baumgartner, Ronja Jansen, Brice Touilloux, Luana Schena, Timothy Oesch, Dario Engelo, Daria Vogrin, Joelly Brütsch, Lewin Lempert: Umformulierung der gesamten Forderung

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Ergänzung von 2.4.4. 3. Absatz, neu: Ausserdem fordern wir den Staat auf, Unternehmen sämtliche Betriebe durch eine unabhängige Instanz, unter Einbezug der Sozialpartner auf Lohngleichheit zu kontrollieren und entsprechende Sanktionen umzusetzen.

Begründung: Für die GL ist der Einbezug der Gewerkschaften bei den Lohngleichheitskontrollen wichtig. Diese Ergänzung entspricht auch dem Beschluss der Delegiertenversammlung vom 25. April 2015 um Massnahmenpapier Lohngleichheit, in welchem explizit der Einbezug der Sozialpartner gefordert wurde.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Modifizierte Annahme

A-6: Julia Baumgartner, Ronja Jansen, Brice Touilloux, Luana Schena, Timothy Oesch, Dario Engelo, Daria Vogrin, Joelly Brütsch, Lewin Lempert: Umformulierung der gesamten Forderung

Brice Touilloux begründet den Antrag.

Luana Schena spricht sich für die Unterstützung des Antrags aus.

Barbara Gysi erläutert die Position der GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten modifizierter Annahme

Modifizierte Annahme Forderung 2.4.6: Zur Bekämpfung der Altersarmut insbesondere von Frauen ist eine entsprechende Verbesserung der Altersvorsorge von zentraler Bedeutung. Dafür braucht es zuerst eine substanzielle Erhöhung der AHV-Renten, damit die AHV endlich ihren Verfassungsauftrag, die Deckung des Existenzbedarfs, wahrnehmen kann. Ebenso müssen die Diskriminierungen gegenüber Frauen* in der 2. Säule korrigiert werden, die zu inakzeptablen Rentenunterschieden zwischen Frauen* und Männern* führen. Aus diesem Grund muss – abgesehen von der seit langem geforderten Realisierung der Lohngleichheit – die Deckung der 2. Säule überarbeitet werden, um die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere die Teilzeitarbeit, besser berücksichtigen zu können. Diese Massnahmen werden zu einem Abbau der geschlechterbedingten Unterschiede bei der Pensionierung beitragen. Die mit den Erziehungsgutschriften eingeschlagene Richtung sollte weiter ausgebaut werden. Die Anerkennung gesellschaftlich notwendiger Arbeit (Erziehung und Betreuung) muss zu spürbaren Verbesserungen der Altersrenten führen.

Begründung: Im Grundsatz begrüsst die Geschäftsleitung die Idee der Antragstellenden, die in Richtung einer Stärkung der AHV geht. Diese lässt sich damit begründen, dass nicht nur die AHV-Renten im Vergleich zur Lohnentwicklung einen starken Rückstand aufweisen, sondern dass auch der Verfassungsauftrag der AHV – die Deckung des Existenzbedarfs – seit allzu langer Zeit schon einen eigentlichen Hohn darstellt. Trotzdem unterstützt die SP das Rentensystem mit der AHV und der 2. Säule. Aus Sicht der Gleichstellung der Geschlechter ist sie deshalb der Ansicht, dass die Probleme dort angegangen werden sollen, wo sie real vorhanden sind. Die AHV verfügt bereits über Solidaritätsmechanismen (Splitting, Gutschriften für Erziehungs- und Betreuungsaufgaben), welche die Ungleichheiten zulasten der Frauen* während ihrer gesamten Berufskarriere so auszugleichen vermögen, dass Frauen heute praktisch eine gleiche Rente wie Männer* erhalten. In der 2. Säule fehlen solche Mechanismen. Ergebnis: Im Durchschnitt beziehen die Frauen* eine gegenüber den Männern* um 63% tiefere BVG-Rente. Um dies auszugleichen, braucht es beispielsweise eine Anpassung der Versicherungsdeckung in der 2. Säule, damit Teilzeit- und Tieflohnarbeit oder Personen, die mehrere Erwerbstätigkeiten ausüben, besser geschützt werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme: 69; Ablehnung: 106; Enthaltung: 3

A-7; SP Aargau: Ergänzung

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

A-8; Evaristo Roncelli e Gina La Mantia : Ergänzung

Evaristo Roncelli begründet den Antrag.

Tiziano Mona unterstützt den Antrag.

Barbara Gysi erläutert die Position der GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten Annahme A-7

Begründung: siehe A-9

Beschluss der Delegiertenversammlung: Ablehnung gemäss Empfehlung der GL gegenüber Unterstützung von A-7.

*A-9; SP Frauen * Neuenburg; Umformulierung*

Christine Fischer begründet den Antrag.

Barbara Gysi erläutert die Position der GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten Annahme von A-7

Begründung: Die Anträge A-7 und A-8 stellen inhaltlich die gleichen Forderungen. Antrag A-7 hält jedoch explizit fest, dass eine Frauen*quote von 40% nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf kantonaler und kommunaler Ebene gelten soll und ist deshalb vorzuziehen.

Die Geschäftsleitung unterstützt selbstverständlich das Ziel einer Geschlechterparität in sämtlichen politischen Gremien und ist überzeugt, dass eine 40% Frauen*quote dafür der richtige Weg ist. Eine solche 40%-Quote ist auch in den Statuten der SP Schweiz für sämtliche Organe und Kommissionen der Partei festgeschrieben.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Ablehnung gemäss Empfehlung der GL.

A-10; Nenad Stojanovic; Ergänzung

Nenad Stojanovic begründet den Antrag.

Cédric Wermuth plädiert gegen eine Unterstützung des Antrags.

Barbara Gysi erklärt die Position der GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die SP-Bundeshausfraktion darf sich keine Kandidatur aufzwingen lassen, sei dies von den anderen Parteien, oder durch die konsequente Anwendung parteiinterner Vorgaben. A-10 reiht sich in die Erzählung gewisser Stimmen ein, welche nach der vergangenen Bundesratswahl die SP für die Frauenmisere in den anderen Parteien verantwortlich machen möchten. Diese billige Schuldzuweisung von vornehmlich bürgerlicher Seite muss vehement zurückgewiesen werden. Die FDP hat mit Isabelle Moret eine Alibi-Frauenkandidatur gestellt, die sie selber wiederum wie eine heisse Kartoffel hat fallen lassen. Ziel: Die Wahl von Ignazio Cassis nicht gefährden.

Die Geschäftsleitung will der SP-Bundeshausfraktion genügend Spielraum lassen, um sich solch unwürdigen Planspielen zu entziehen. Wenn es die anderen Parteien ernst meinen mit Frauenkandidaturen, sollten sie es der SP gleichmachen und eine Auswahl an Frauen präsentieren. So hat dies die SP in der Vergangenheit immer gemacht und wird das auch in Zukunft tun. Die Zahlen sprechen für sich. Die SP ist als einzige Partei seit der Wahl von Ruth Dreifuss 1993 im Bundesrat paritätisch vertreten.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Ablehnung gemäss Empfehlung der GL.

*A-11: Julia Baumgartner, Ronja Jansen, Brice Touilloux, Luana Schena, Timothy Oesch, Dario Enge-
loch, Daria Vogrin, Joelly Brütsch, Lewin Lempert : Umformulierung der gesamten Forderung*

Nadja Kuhn begründet den Antrag.

Lucia Tozzi stellt sich gegen den Antrag.

Barbara Gysi verzichtet auf eine Begründung der Position der Geschäftsleitung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Seit durch das neue Eherecht von 1990 die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter in der Ehe weitgehend umgesetzt und die Diskriminierung der Frauen* somit beendet wurde, besteht für die Geschäftsleitung keine Notwendigkeit der Abschaffung der zivilrechtlichen Ehe ohne religiösen und/oder historischen Ballast. Vielmehr sollte es im Sinne einer progressiven Gesellschaftspolitik den Menschen selbst überlassen werden, ob und wie sie ihre Beziehungen untereinander rechtlich regeln wollen. In diesem Sinne unterstützt die Geschäftsleitung selbstverständlich auch die Öffnung der Ehe und die Einführung des sogenannten Pacs.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Ablehnung gemäss Empfehlung der GL.

A-12: SP Neuenburg: Streichung eines Satzes

A-13: SP Freiburg: Streichung eines Satzes

Nadja Kuhn bekämpft die vorgeschlagene Annahme des Antrags durch die GL und begründet diese.

Barbara Gysi begründet die Position der GL.

Barbara Lanthemann unterstützt die Anträge A-12 und A-13.

Empfehlung der Geschäftsleitung zu A-12 und A-13: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme

A-14: SP Freiburg: Streichung der gesamten Forderung 3.5.5

Luana Schena bekämpft die von der GL vorgeschlagene modifizierte Annahme und plädiert für die ursprüngliche Formulierung

Barbara Gysi begründet für GL die modifizierte Annahme.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten modifizierter Annahme

Modifizierte Annahme Forderung 3.5.5: ~~Wir sind grundsätzlich gegen den Geschlechtseintrag bei allen staatsrechtlichen Dokumenten, da dieser zwingend zu Diskriminierung führt. Um die Diskriminierung bei der Pflicht auf einem auf weiblich oder männlich beschränkten Geschlechtseintrag zu verhindern, fordern wir die Einführung der Möglichkeit eines neutralen Geschlechtseintrages (Geschlecht X). Gleichzeitig muss die Möglichkeit geschaffen werden, den eigenen Namen schnell, kostenfrei und ohne Angabe von Gründen zu ändern. Bei einem neutralen Geschlechtseintrag soll Bbei~~

staatlichen Statistiken zu Themen wie geschlechtsspezifischer Gewalt oder Lohnungleichheit die Geschlechtsidentität bei den Betroffenen selber erfragt werden.

Begründung: Die Geschäftsleitung anerkennt das Diskriminierungspotenzial der Pflicht zu einem auf weiblich oder männlich beschränkten Geschlechtseintrages. Eine gänzliche Abschaffung eines Geschlechtseintrages in den amtlichen Dokumenten geht allerdings zu weit. Wir schlagen deshalb die Möglichkeit eines neutralen Geschlechtseintrages vor, wie er bereits in mehreren Ländern wie Deutschland, Dänemark, Australien, Neuseeland und Argentinien besteht.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme

*A-15: Julia Baumgartner, Ronja Jansen, Brice Touilloux, Luana Schena, Timothy Oesch, Dario Engelo-
loch, Daria Vogrin, Joelly Brütsch, Lewin Lempert: Umformulierung der gesamten Forderung*

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

*A-16: Julia Baumgartner, Ronja Jansen, Brice Touilloux, Luana Schena, Timothy Oesch, Dario Engelo-
loch, Daria Vogrin, Joelly Brütsch, Lewin Lempert: Antrag auf zusätzliche Forderung 3.5.9*

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

A-17; SP Kanton Aargau: Ergänzung

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

*A-18: Julia Baumgartner, Ronja Jansen, Brice Touilloux, Timothy Oesch, Dario Engelo-
loch, Daria Vogrin, Joelly Brütsch, Lewin Lempert: Umformulierung/Ergänzung der gesamten Forderung*

Ronja Jansen begründet den Antrag.

Marina Carobbio erläutert die Position der GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Geschäftsleitung unterstützt die ursprüngliche Formulierung von 3.5.11: Die For-
derung nach Frauen*räumen im Sinne von Frauen*ambulatorien, Frauen*häusern etc. als Orte des
Schutzes und der Zuflucht oder auch Frauen*archive (wie z.B. das Gosteli-Archiv) als Orte der histo-
rischen Erinnerung ist berechtigt. Wir anerkennen zwar auch das Problem von Übergriffen gegen
Frauen im Nachtleben. Hingegen erachten wir die Forderung nach obligatorischen Frauen*räumen
in Clubs ab einer gewissen Grösse als nicht zielführend.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme: 54; Ablehnung: 76

A-19: SP Freiburg: Streichung der gesamten Forderung 3.5.11

Flavia Wasserfallen informiert darüber, dass der Antrag A-19 zurückgezogen wurde, da bei Antrag A-14 die modifizierte Annahme der GL obsiegt hat.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: siehe Begründung A-18

Beschluss der Delegiertenversammlung: zurückgezogen

*A-20: Julia Baumgartner, Ronja Jansen, Brice Touilloux, Luana Schena, Timothy Oesch, Dario Enge-
loch, Daria Vogrin, Joelly Brütsch, Lewin Lempert: Streichung*

Flavia Wasserfallen informiert, dass zu A-20 und A-21 eine gemeinsame Debatte geführt wird.

Daria Vogrin begründet den Antrag.

Marina Carrobio erläutert die Position der GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme

A-21: SP Freiburg: Streichung der gesamten Forderung 4.5.7

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Begründung: Die Geschäftsleitung unterstützt den Streichungsantrag A-21. Sollte an der Forderung 4.5.7 festgehalten werden, unterstützt die GL A-20, weil sich dieser der im Rahmen der Wehrpflicht-Initiative gefassten Positionierung anlehnt und die weitergehende Diskussion einer Freiwilligenmiliz hier nicht geführt werden kann und soll.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme

*A-22: Kommission für Geschlechterpolitik (GeschKo) der SP Kanton Zürich, Delegierter Fabian Moli-
na: Änderung/Ergänzung*

Natascha Wey plädiert für die Ablehnung des Antrages.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Ablehnung

A-23: SP Kanton St. Gallen: Umformulierung

Flavia Wasserfallen informiert, dass eine gemeinsame Debatte zu A-23 und A-24 geführt wird.

Ursula Graf Frei begründet den Antrag A-23.

Virginia Köppli spricht für eine Ablehnung des Antrags A-23 aus.

Steffi Luethi-Brüderlin begründet den Antrag A-23.

Marina Carobbio erläutert die Position der GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Neu: In den Parteigremien sollen Frauen* ~~angemessen~~ paritätisch vertreten sein. Dies betrifft die Führungsgremien auf allen Ebenen wie auch fachliche, inhaltliche Gremien. Dabei soll auch jeweils die Möglichkeit einer Co-Leitung geprüft werden, wie dies aktuell im Generalsekretariat der SP Schweiz oder bei verschiedenen Kantonalparteipräsidien der Fall ist. Bei einer Vakanz im Fraktions- oder Parteipräsidium sollte sichergestellt werden, dass eine Position von einer Frau* eingenommen wird.

Begründung: Für die Geschäftsleitung sind Co-Präsidien eine gute, aber nicht die einzige Möglichkeit, um die paritätische Vertretung von Frauen* sicherzustellen. Wir schlagen deshalb einerseits eine Präzisierung und andererseits eine Verschärfung vor, indem von paritätischer und nicht von angemessener Vertretung die Rede sein soll.

A-24: Steffi Luethi, Simone Leibundgut, Reto Weibel, Sandra Eichenberger, Ruedi Rechsteiner, Kerstin Wenk, Roland Lötscher, Stefan Wittlin, Pascal Pfister: Umformulierung eines Wortes

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten modifizierter Annahme von A-23

Begründung: Die Geschäftsleitung favorisiert die Formulierung in der modifizierten Annahme zu A-23, da sie sämtliche Ebenen der Partei umschliesst sowie den unterschiedlichen Situationen bei der Wahl der entsprechenden Gremien besser Rechnung trägt.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Antrag A-23 gegen modifizierte Annahme A-23 der GL: modifizierte Annahme der GL angenommen; modifizierte Annahme der GL von A-23 gegenüber A-24: Modifizierte Annahme der GL von A-23 angenommen.

A-25: Julia Baumgartner, Ronja Jansen, Brice Touilloux, Luana Schena, Timothy Oesch, Dario Engelo, Daria Vogrin, Joelly Brütsch, Lewin Lempert: Umformulierung eines Satzes

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

A-26: Steffi Luethi, Simone Leibundgut, Reto Weibel, Sandra Eichenberger, Ruedi Rechsteiner, Kerstin Wenk, Roland Lötscher, Stefan Wittlin, Pascal Pfister: Umformulierung des letzten Satzes

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

A-27 der SP Frauen * Neuenburg

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung zur Schlussabstimmung über das Positionspapier der SP Frauen*: Annahme und gleichzeitig sprachliche Überarbeitung von Kapitel 5 nach inhaltlicher Bereinigung durch die DV. Das Ziel dieser Diskussion ist, dass das Manifest zu einem Positionspapier der SP Schweiz wird. Daher sind konsequenterweise Formulierungen wie «Wir fordern von der SP Schweiz...» entsprechend umzuformulieren und der Titel von Kapitel 5 soll «Feministische Selbstkritik – wir können noch besser werden» lauten.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme gemäss Empfehlung der GL.

Schlussabstimmung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Einstimmige Annahme bei einer Enthaltung.

6. Wirtschaftsdemokratie: Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen

Ein Aktionsplan gemäss Auftrag des Parteitags vom 3./4. Dezember 2016 liegt vor.

Barbara Gysi stellt den Aktionsplan vor. Es soll eine mittelfristige Perspektive aufgezeigt werden. Es gibt drei Bereiche: Förderung des sozialen Unternehmertums, Arbeitnehmer/innenmitbestimmung, Weiterentwicklung des Service Public.

Leo Keller freut sich über die positive Weiterentwicklung dieses Papiers. Die neu aufgenommenen Ideen (Open Source etc.) sind zu begrüssen. Auch in der Energiepolitik besteht Potenzial.

7. Eidgenössische Volksinitiative „Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern“ (99%-Initiative)

Leyla Gül informiert über das Vorgehen: es wird pro Position fünf Redner/innen geben. Danach folgt die Abstimmung. Es braucht für die Unterstützung eine 2/3 Mehrheit.

Tamara Funciello: Vor 1 ½ Monaten haben 99 Unterstützer/innen aus allen Gesellschaftsschichten die Initiative lanciert. 99% der Bevölkerung will es nicht länger hinnehmen, dass das restliche 1 % immer mehr profitiert. Es geht nicht um Klassenkampf. Die USR II war ein Super-GAU mit immensen Steuerausfällen und hat zu riesigen Abbaumassnahmen in den Kantonen geführt. Die kleinen Leute

zahlen den Preis für die Abzockerei der Superreichen. Das muss gestoppt werden. Nach dem Sieg gegen die USR III müssen wir jetzt in die Offensive gehen. Geld arbeitet nicht, Menschen schon. Unsere Initiative ist keine radikale, sondern eine vernünftige Forderung. Für eine Politik für alle statt für wenige.

Marina Carobbio erklärt die Position der Geschäftsleitung: Es geht um die Bekämpfung der sich immer mehr öffnenden Vermögensschere. Die Kapitaleinkommen sollen stärker besteuert werden, um die Steuern für die unteren und mittleren Einkommen senken zu können. Die genaue Ausgestaltung würde bei einer Annahme beim Parlament liegen. In den letzten Jahren wurde das Kapitaleinkommen immer weniger besteuert, die Lohnabhängigen immer stärker belastet. Diese Tendenz muss umgekehrt werden.

Yvonne Feri: Die Initiative nimmt Themen auf, die auch der Reformorientierten Plattform am Herzen liegen. Auch wir setzen uns für eine gerechte Besteuerung ein. Doch der Inhalt dieser Initiative ist aus drei Gründen abzulehnen: Die Freigrenze von 100'000 betrifft nicht nur Superreiche, sondern würde auch KMU-Inhaber/innen und Rentner/innen treffen. Die Dividenden müssten vielmehr stärker besteuert werden. Eine Kapitalgewinnsteuer müsste eingeführt werden. Die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit muss beibehalten werden, das würde mit dieser Initiative aber verunmöglicht. Vielmehr sollten die bestehenden Ungerechtigkeiten bekämpft werden. Die vorliegende Initiative ist untauglich.

Cédric Wermuth: Ich war sehr erstaunt über die Formulierung von Erich Fehr im Interview mit der Luzerner Zeitung. Es geht hier nicht um Krieg und Schlachten. Die Logik von Hans-Peter Tschudi bei der AHV funktioniert bei der Besteuerung nicht. Denn hier erarbeitet die grosse Mehrheit die Gewinne, die eine kleine Mehrheit kassiert. Wenn die Kapitaleigentümer/innen der Bevölkerung drohen können, ist das für die Demokratie gefährlich. Dieses Signal soll mit dieser Initiative gestoppt werden.

Rolf Zimmermann: Ich spreche mich gegen diese Initiative aus. Die SP hat besseres zu tun, als diese schlecht formulierte Initiative zu unterstützen. Ich unterstütze das Ziel, aber nicht die Initiative. Nach der unverantwortlichen, dummdreisten Allianz der JUSO mit den Rechtsbürgerlichen bei der Altersvorsorge 2020 habe ich keine Lust, diese Initiative zu unterstützen. Die Initiative ist unsorgfältig formuliert. Der Tarif von 150% ist unklar, die Freigrenze kann durch das Parlament unterlaufen werden. Die Initiative wird grandios scheitern und die neoliberale Seite dadurch stärken. Da muss die SP nicht mitmachen. Die JUSO hat die SP bei der Altersvorsorge im Stich gelassen, jetzt sollen sie nicht unsere Solidarität hier einfordern.

Samuel Bendahan: Die Initiative will die ungleiche Vermögensverteilung in der Schweiz korrigieren. Es geht um die stärkere Besteuerung von Menschen, die viel verdienen, ohne dafür zu arbeiten. Diese Initiative ist nicht extrem. Es geht darum, die Fehler der USR II zu korrigieren.

Marianne Ott: Es geht hier nicht um Krieg oder Schlacht. Auch ich unterstützte mehr Steuergerechtigkeit, doch nicht auf diesem Weg. Diese Initiative widerspricht dem Verfassungsgrundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Ich bin gegen die Privilegierung bei der Dividendenbesteuerung und für weitere steuerpolitische Forderungen der SP, die bessere Erfolgsaussichten haben als diese chancenlose Initiative.

Martin Pfister: Gleichheit ist ein Zeichen einer gesunden Gesellschaft. Trotzdem wird das Kapital gegenüber dem Einkommen je länger je mehr privilegiert. Das muss mit dieser Initiative bekämpft werden. Es geht um den Grundsatz Arbeit vor Kapital.

Mattea Meyer: Ich verstehe die Wut gegen die JUSO. Doch deshalb die Initiative abzulehnen wäre falsch. Sie kommt im richtigen Zeitpunkt. Auch der IWF unterstützt die Forderung einer verstärkten Besteuerung von Kapital. Die Initiative ist nicht radikal. Die USR II war radikal. Gravierende Sparprogramme waren die Folgen. Die 99%-Initiative gibt dagegen Hoffnung. Die Initiative ist kein Verfassungsbruch.

Leo Keller: Wir sind uns alle einig. Die ungleiche Kapitalverteilung ist tatsächlich ein Skandal. Doch wir müssen schlau sein und tragfähige Allianzen mit Bündnispartner finden. Diese Initiative ist dazu zu unsorgfältig formuliert und schlecht vorbereitet. Die Unterstützung können wir uns als SP nicht leisten. Ich unterstützte die JUSO sehr, doch hier bin ich mit ihnen nicht einverstanden.

Jon Pult: Worum geht es heute? Nicht um eine Abrechnung mit der JUSO. Die JUSO hat tatsächlich ein Eigentor geschossen. Doch hier stürmen sie wieder auf das richtige Tor. Dabei sollten wir sie unterstützen. Es ist nicht einfach eine reine Superreichen-Bashing-Initiative. Es geht um eine Machtumkehr vom Kapital zur Arbeit. Es geht um eine Steuersenkung für die Arbeitenden.

Christian Levrat: Ich bin kein bedingungsloser Fan der Entscheide der JUSO. Doch wenn sie etwas Richtiges tun, dann sollen wir sie unterstützen. Der jetzige Zustand ist verfassungswidriger als die JUSO-Initiative. Die jetzige Dividendenbesteuerung ist verfassungswidrig. Nach dem NEIN zur Initiative für eine Kapitalgewinnsteuer im 2002 und der Annahme der USR II muss dieses Thema wieder aufgenommen werden. Die Initiative stellt die richtige Frage.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Unterstützung der Initiative

Beschluss der Delegiertenversammlung: Für Unterstützung der Initiative: 138; Gegen Unterstützung der Initiative: 18; Enthaltungen: 3; Die notwendige 2/3-Mehrheit für die Unterstützung ist somit erreicht.

8. Resolutionen, Anträge und Wahlgeschäfte

Die Geschäftsleitung beantragt, die Behandlung der beiden Resolutionen auf die nächste Delegiertenversammlung vom 25. Februar 2018 zu verschieben. Die beiden Antragsstellenden sind damit einverstanden. Die Delegiertenversammlung folgt diesem Vorschlag einhellig.

9. Schluss / Apéro

Flavia Wasserfallen schliesst die Delegiertenversammlung, dankt allen für die Anwesenheit und der SP Kanton Solothurn und der Stadt Solothurn für die finanzielle Unterstützung. Des Weiteren bedankt sie sich bei den DolmetscherInnen, bei Stefan Merki und seinem Team von x-Light für die Technik und dem Personal des Zentralsekretariates der SP in Bern.

Wortmeldungen nach Geschlechter an der DV vom 14. Oktober in Olten:

Frauen: 57 Wortmeldungen

Männer: 22 Wortmeldungen